

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU**Hilfesystem für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder überprüfen**

Bremen steht für ein frauengerechtes Hilfe- und Unterstützungssystem für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder. Neben den Bremer Frauenhäusern, die Frauen, die von Gewalt betroffen sind, aufnehmen und ihnen Schutz und Unterstützung bieten, gibt es mittlerweile eine Vielzahl von staatlichen und nicht staatlichen Hilfe- und Beratungseinrichtungen in Bremen und Bremerhaven. Sie bieten Beratungen für Frauen in von Gewalt geprägten Beziehungen und begleiten sie auch auf dem Weg aus diesen Beziehungen. Die benötigte Hilfe und Unterstützung ist oft vielschichtig und umfassend und erfordert viel Erfahrung, Expertise und Zeit. Es muss untersucht werden, ob die Angebote wirklich alle Hilfe suchenden Frauen in Bremen und Bremerhaven erreichen und ob Frauen ihren Bedürfnissen entsprechend immer das Angebot finden, das sie in ihrer spezifischen Situation benötigen. Darüber hinaus ist unklar, ob die Angebote so ausgestattet sind, dass betroffenen Frauen diese Hilfe auch zeitnah und verlässlich zur Verfügung steht. Schließlich gilt es zu prüfen, ob die finanzielle Ausstattung der Hilfeeinrichtungen angesichts der gleichbleibenden Anzahl der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen ihren Aufgaben auch tatsächlich (noch) entspricht.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. zu überprüfen, ob das bestehende Hilfesystem für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder die flächendeckende, qualifizierte Unterstützung, Begleitung und den Schutz betroffener Frauen und ihrer Kinder sicherstellt.
2. zu prüfen, ob die Qualifikation der Beratenden und die finanzielle Ausstattung der Hilfeeinrichtungen ausreichen, um allen Hilfe suchenden Frauen frauen- und gewaltspezifische Beratung, Begleitung und Unterstützung zu gewährleisten.
3. dem Gleichstellungsausschuss innerhalb von sechs Monaten einen Bericht über die Ergebnisse der Evaluation vorzulegen und darzustellen, wie eventuell identifiziertem Handlungsbedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des fünften Berichts der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“ entsprochen werden kann.

Sybille Böschen, Klaus Möhle,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Doris Hoch,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sandra Ahrens,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU